

Ausgangslage

In den letzten Jahren haben das rechte Parlament und die rechte Regierung im Baselbiet auch im Bildungsbereich eine unverantwortliche Abbaupolitik betrieben. Es wurden grössere Klassen gebildet, Gebühren erhöht, Freifächer abgeschafft, Kompetenzen zentralisiert und generell Ressourcen gestrichen. Darunter leiden die Lehrpersonen, die Schülerinnen und Schüler und deren Eltern.

Mit der integrativen Schulungsform sind die Anforderungen an die Lehrpersonen zusätzlich gestiegen. In vielen Schulzimmern fehlt entsprechend ausgebildetes Fachpersonal, zum Beispiel schulische HeilpädagogInnen oder zusätzliche Kräfte, die bei steigenden Ansprüchen an die Lehrpersonen unterstützend wirken können. Eine moderne, integrative Form der Sonderpädagogik braucht ausreichende Ressourcen als Grundlage. Stattdessen wurden die Ressourcen für die Spezielle Förderung und die Sonderpädagogik gekürzt und sollen durch Plafonierungen weiter reduziert werden.

Dies muss sich ändern und unsere Schulen müssen gestärkt werden. Bis heute besuchen Kinder aus sozial benachteiligten und bildungsfernen Familien in der Sekundarschule weitaus seltener das Niveau E oder P. Entsprechend wenige schaffen den Sprung ins Gymnasium. Trotz Anstrengungen des Bundes erreichen auch heute rund 10 Prozent der Schulabgängerinnen und -abgänger die grundlegenden Bildungsziele der Volksschule nicht, verpassen den Abschluss auf der Sek-II-Stufe und finden keinen Einstieg in die Berufsbildung.

Die Schule versagt in ihrer Aufgabe, soziale Benachteiligungen zu kompensieren. Durch den Ausbau der Selektion mittels Tests und Noten und durch die Auslagerung eines beträchtlichen Teils des schulischen Lernens an das Elternhaus mittels Hausaufgaben werden die sozialen Benachteiligungen noch verstärkt.

Der Bewertungs-, Noten- und Selektionsdruck nimmt zu. SchülerInnen, die diesem Druck nicht gewachsen sind, müssen mit zahlreichen Massnahmen schulprogrammkompatibel gemacht werden. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die an der Schule leiden, nimmt zu. Sie reagieren mit psychischen oder psychosomatischen Beschwerden, werden depressiv oder verweigern teilweise oder ganz den Schulbesuch. Dieses Leiden belastet auch ihre Familien.

Generell leiden die Schulen unter schnell wechselnden sogenannten Reformen, Vereinheitlichungstendenzen und Regulierungen. Die Lehrpersonen werden tendenziell abgewertet zu Erfüllungsgehilfen von Programmen, die anderswo entworfen und beschlossen wurden. Der Druck auf Lehrpersonen, etwa durch die zunehmende Zahl von kostenintensiven, aber wenig erkenntnissträchtigen Vergleichstests, wird an die SchülerInnen weitergegeben.

Grundziele der SP

Wir wollen eine starke öffentliche Schule für alle.

Ein erstklassiges Bildungssystem für alle ist eine wichtige Voraussetzung dafür, in einer Gesellschaft mit ungleichen Chancen einen sozialen Ausgleich zu ermöglichen. Wir wollen, dass alle – auch Bildungsschwache und -benachteiligte – den Zugang zu Bildung und Ausbildung finden können.

Doch im Bildungswesen geht es um wesentlich mehr als um Ausbildung, Berufschancen und die Deckung eines wirtschaftlichen Bedarfs. Bildung macht den Menschen frei. Lesen können,

sich ausdrücken können, heisst fähig werden, sich für seine Interessen einzusetzen. Bildung vermittelt die Fähigkeit, die Welt zu verstehen, sich zu verstehen, die anderen zu verstehen und tätig zu werden. Bildung ermöglicht kritisches Hinterfragen und folgerichtiges Handeln. Dieser emanzipatorische Charakter der Bildung ist notwendig für unsere demokratische Gesellschaft und die Vorbereitung des Menschen auf das Berufsleben.

Schule muss Freude machen. Schule darf anstrengend sein, aber sie darf weder Angst machen noch Leiden verursachen. Konkurrenzkampf, Leistungsdruck und Gleichmacherei schaden der Bildung.

Wir dulden deshalb keine weiteren Abbaumassnahmen in der Bildung. Im Gegenteil: Um unsere Schule zu stärken und um die Schulharmonisierung erfolgreich umsetzen zu können, braucht es massiv mehr Ressourcen.

Unsere Forderungen

Kostenlose Bildung: Das Recht auf Bildung impliziert, dass alle, auf allen Bildungsstufen, unentgeltlich Zugang zur Bildung haben.

Schulergänzende Tagesbetreuung für Chancengleichheit: Für die Familien, die auf eine regelmässige Tagesbetreuung ihrer schulpflichtigen Kinder angewiesen sind, braucht es schulergänzende Tagesbetreuung auf Primar- und Sekundarstufe. Sie hat eine wichtige pädagogische und erzieherische Funktion und stärkt die Chancengerechtigkeit, weil Schülerinnen und Schüler dadurch unabhängig von den Unterstützungsmöglichkeiten ihrer Eltern ihre schulischen Ziele erreichen können. Tagesbetreuung braucht qualifizierte Betreuungspersonen, am besten jene Lehrpersonen, die auch für den Unterricht zuständig sind.

Sozialer Ausgleich: Das Bildungswesen muss den sozialen Ausgleich fördern, statt Unterschiede zu zementieren. Dass ein Teil des schulischen Lernens mittels Hausaufgaben an das Elternhaus delegiert wird, ist zu vermeiden, weil so die sozialen Benachteiligungen verstärkt werden.

Kein weiterer Abbau in der Bildung: Für einen qualitativ guten Unterricht braucht es genügend Lehr- und Fachpersonen auf allen Stufen sowie kompetente Schulleitungen mit genügend Ressourcen. Es darf keinen Abbau zu Lasten der Kinder und Jugendlichen sowie der Lehrpersonen geben, auch keine weiteren Lohn- und Rentenkürzungen für Lehrer-innen und Lehrer.

Bildungsrat erhalten: Der demokratische legitimierte Bildungsrat soll als ausgewogenes Gremium erhalten bleiben. Eine Machtkonzentration zugunsten einzelner Regierungsmitglieder gilt es zu verhindern.

Kürzungen rückgängig machen: In den letzten Jahren wurden an gewissen Schulen der Musik- und Schwimmunterricht gestrichen, die Klassengrössen erhöht und Klassenlager abgeschafft. Diese Kürzungen müssen rückgängig gemacht werden. Denn die in Musik, Sport und sozialen Begegnungen vermittelten Erfahrungen und Kompetenzen werden angesichts des steigenden Leistungsdrucks immer wichtiger.

Musik- und Gestaltungsunterricht sind wichtig für die Persönlichkeits- und die Gemeinschaftsbildung. Sie dürfen nicht wie bisher abgebaut, sondern müssen ausgebaut werden. Wichtig ist auch ein auf Kooperation statt Konkurrenz ausgerichteter Sportunterricht. Auch Klassenlager und andere ausserschulische Unternehmungen müssen vom Kanton weiterhin unterstützt werden.

Die schleichende Abschaffung der dritten Landessprache Italienisch und des Latein als dem Fach, das die Verbindung zum kulturellen Erbe herstellt, muss rückgängig gemacht werden. Lernwilligen SchülerInnen darf der Zugang zu diesen Fächern nicht durch die Definition einer Mindestzahl an Teilnehmenden verweigert werden.

Integration mit genügend Ressourcen: Die Volksschule sieht sich mit vielen neuen Anforderungen konfrontiert. Wir wollen keine Integration um jeden Preis, aber mit genügend Ressourcen. Neben Fachpersonen muss in jeder Klasse auf der Primarstufe eine Lehrpersonenassistenten (z.B. SeniorInnen oder Zivildienst-Leistende) angefordert werden können.

Infrastruktur gewährleisten: Die Schulhäuser sind teilweise in einem desolaten Zustand. Es gibt zu wenige Turnhallen und teilweise fehlen Schulzimmer und Arbeitsplätze für die Lehrpersonen. Unsere Schulen müssen auf den neuesten Stand gebracht werden und es müssen genügend Unterrichtsmaterialien und Ressourcen für den Unterricht zur Verfügung stehen.

Digitalisierung nicht verpassen: Die Digitalisierung betrifft auch die Schulen. Die Schülerinnen und Schüler müssen optimal auf die digitalen Herausforderungen vorbereitet werden. Wir fordern genügend Investitionen in die IT auf der Primarstufe und auf den Sekundarstufen I und II und genügend Mittel, um die Lehrpersonen entsprechend weiterzubilden. Digitalisierung muss zu Erleichterungen und darf nicht zu zusätzlichen Mehrbelastungen führen. Im Vordergrund muss die kritische Auseinandersetzung mit der Digitalisierung stehen.

Lifelong-learning – auch digital: Auch ältere Menschen sollen die Möglichkeiten technischer Innovationen und der Kommunikation über die neuen Medien nutzen können, damit sie sich möglichst lange im modernen Alltag zurechtfinden. Dazu sollen entsprechende Kurs- und Bildungsangebote in der Erwachsenenbildung gefördert werden.

Leistungschecks reduzieren: Der Kanton soll die Anzahl der Leistungschecks, welche während der obligatorischen Schulzeit stattfinden, reduzieren. Die Checks setzen die Schülerinnen und Schüler unter massiven Leistungsdruck und haben meistens keinen pädagogischen Mehrwert. Die Durchführung der Checks kostet viel Geld und bringt für die Lehrpersonen einen Mehraufwand mit sich.

Solidarität der Unternehmen in der Berufsbildung: 70 Prozent aller Betriebe bilden keine Lernenden aus. Sie sollen einen Beitrag an den Berufsbildungsfonds leisten, der für die Förderung von Lernenden zur Verfügung steht. Um mehr Lehrstellen zu ermöglichen, soll der Kanton Unterstützungsmöglichkeiten einrichten, wie eine Fachstelle-/Anlaufstelle für Firmen, die Plätze für Lernende anbieten, und er soll allenfalls nachhaltige Anreize schaffen.

Schutz für Berufslernende: Die Lehre muss nicht bloss einen Ausbildungszweck mit hohem Standard verfolgen, auch die Allgemeinbildung darf nicht zu kurz kommen. Es braucht deshalb auf kantonaler Ebene Massnahmen zum Arbeitsschutz für Berufslernende und PraktikantInnen sowie verstärkte Kontrollen der Arbeitsbedingungen durch das Berufsbildungsamt.

Unterstützungsfonds für Weiterbildungen: Für die Finanzierung von Weiterbildungen braucht es einen kantonalen Unterstützungsfonds. Dieser soll durch eine Abgabe von Unternehmen finanziert werden.

Vorurteile abbauen, Realitäten der sexuellen Orientierung abbilden: Nicht-heterosexuelle Jugendliche weisen eine erhöhte Suizidrate auf. Deshalb gilt es, die Enttabuisierung und Gleichberechtigung von LGBTQIA+-Menschen (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, queer, intersexuell, asexuell und weitere) im Schulalltag und im Unterricht konsequent zu vermitteln. Ausserdem gilt es allgemein, Geschlechternormen im Schulalltag aufzubrechen. Dafür braucht es regelmässige Weiterbildungen für alle Lehrpersonen.

Flächendeckendes Angebot an Betreuungsstrukturen: In jeder Gemeinde braucht es zwingend eine bezahlbare und Betreuungssicherheit bietende familienergänzende Kinderbetreuung. Sie stellt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Ausbildung sicher. Zudem fördert sie die Integration und gleicht Benachteiligungen von Kindern aus sozial schlechter gestellten und bildungsfernen Familien aus.

Schulsozialarbeit für alle: Die Schulsozialarbeit muss auf allen Stufen und in jeder Gemeinde eingeführt werden. Sie hilft der Schule bei ihren wachsenden sozialen und erzieherischen Aufgaben.

Zwangsversetzungen verhindern: Aus Kostengründen können heute Schülerinnen und Schüler nicht in ihrer Wohngemeinde bzw. in ihrem Schulkreis zur Schule gehen, sondern müssen die Sekundarschule in einem anderen Schulkreis besuchen. Die Jugendlichen werden aus ihrem sozialen Umfeld gerissen und haben erst noch eine kürzere Mittagspause. Solche Zwangsversetzungen sollen möglichst verhindert werden.

Instrumentalunterricht für alle: Der Instrumentalunterricht an Musikschulen in den Gemeinden kostet mehr als 1000.- Franken pro Jahr. Für viele Familien ist er nicht erschwinglich. Dabei sind eine musikalische Grundausbildung und das Beherrschen eines Instruments immens wichtig für die schulische Entwicklung eines Kindes. Neu soll der Instrumentalunterricht nach Einkommen bezahlt werden müssen. Schülerinnen und Schüler der FMS mit dem Berufsfeld Pädagogik (angehende Primarlehrpersonen) sollen einen unentgeltlichen Instrumentalunterricht geniessen.

Schwimmunterricht fördern: Alle Kinder sollen schwimmen können. Viele Familien können sich keinen Schwimmkurs für ihre Kinder leisten. Der Kanton soll die Gemeinden dabei unterstützen, dass sie den Schwimmunterricht fördern.

Politische Bildung stärken: Die Schülerinnen und Schüler der Sek I und Sek II sollen ausführlich politisch gebildet werden. Dafür führt der Kanton ein Schulfach Politik ein.

Praxistaugliche Lehrpersonenausbildung: In den letzten Jahrzehnten wurde die Lehrpersonenausbildung immer stärker akademisiert. Wir fordern eine praxistaugliche und auf die Bedürfnisse der SchülerInnen und zukünftigen Lehrpersonen ausgerichtete Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule.

Hochschullandschaft Nordwestschweiz stärken: Die Universität Basel und die Fachhochschule Nordwestschweiz leiden unter der Abbaupolitik der rechten Regierung unseres Kantons. Der Imageschaden ist immens und die innovative Bildungs- und Forschungsarbeit der Institutionen werden zunehmend gefährdet. Diese Entwicklung wollen wir stoppen. Diese beiden führenden Lehr- und Forschungsinstitutionen erfüllen einen wichtigen Bildungsauftrag in unserer Region. Die Finanzierung der gemeinsamen Trägerschaft muss längerfristig abgesichert werden und hat solidarisch und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu erfolgen.